

EINE UNGETEILTE HEGEMONIE DER RECHTEN PARTEIEN IN DER KANTONALEN POLITIK DER SCHWEIZ

EINIGE FAKTEN



*Der Zuger Regierungsrat für die Legislaturperiode 2023-2026, ganz rechts: 3 Mitglieder der Mitte, 2 FDP und 2 SVP
(und zwei Landschreibern)*

LUDOVIC IBERG

DR KARIM LASSEB

DR ROBERTO DI CAPUA

POLITOLOGEN, UNIVERSITÄT LAUSANNE

1. Mai 2023

Einleitende und methodologische Bemerkungen

Nach den kantonalen Wahlen im April 2023 in den Kantonen Genf, Tessin und Luzern¹ zeigt ein kurzer Blick auf die politische Situation in den Schweizer Kantonen eine schonungslose Realität: die rechten Parteien haben eine fast vollständige Hegemonie über die kantonalen politischen Entscheidungen im gesamten Land. Tatsächlich kontrolliert eine rechte Mehrheit alle 25 kantonalen legislativen Organe des Landes², während alle Exekutiven außer der des Jura von bürgerlichen Parteien dominiert werden.

Um die folgenden Daten besser zu verstehen, muss sofort geklärt werden, was im Folgenden mit der “Rechten” und der “Linken” des politischen Spektrums gemeint ist. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Sortierung der politischen Parteien und Bewegungen, die in den Kantonen nach diesen beiden politischen Richtungen vorgenommen wurde.

Tabelle 1 – Verteilung der Bewegungen/Parteien nach politischer Tendenz

Linke Gruppierungen	Rechte Gruppierungen
Sozialdemokratische Partei	Freisinnig-Demokratische Partei
Grüne	Schweizerische Volkspartei
<i>Parti ouvrier populaire</i>	Christlichdem. Volkspartei/Die Mitte
Christlich-soziale Partei	Grünliberale Partei
Kommunistische Partei	Evangelische Volkspartei
Wachstumskritische/Alternative Bewegung	Eidgenössisch-Demokratische Union
SolidaritéS	Volks-Aktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat (VA)
Partei der Arbeit	Genfer Bürgerbewegung
<i>Movimento per il socialismo</i>	<i>Lega ticinese</i>
	<i>Liberté et justice sociale (Genf)</i>

Unter dem Begriff « rechte » Gruppierungen verstehen wir vor allem Parteien, die eine liberale Sicht der Gesellschaft, ihrer Wirtschaft und ihrer Politik vertreten. Sie sind der Ansicht, dass der Staat nur subsidiär in die Politik eingreifen sollte; der private Markt und die « individuelle Verantwortung » sollen die wichtigsten Probleme und Bedürfnisse des täglichen Lebens lösen. Sie setzen eine Steuerpolitik, die große Vermögen und hohe Einkommen sowie große Unternehmen begünstigt, ganz oben auf ihre Agenda und treten dafür ein, dass der Staat bei den der Bevölkerung angebotenen Diensten und Leistungen oder bei der Regulierung der Arbeitsbedingungen nur wenig eingreift. Um diese Politik zu finanzieren, fordern sie, den Zugang zu Sozialleistungen zu beschneiden und zu verschärfen sowie keine Regulierung

¹ Die Ergebnisse des 2. Wahlgangs für den Regierungsrat in Luzern, der am 14. Mai stattfindet, wurden nicht berücksichtigt. Nach dem ersten Wahlgang am 2. April sind jedoch bereits drei Kandidaten der Rechten gewählt, was der Rechten de facto die Mehrheit in der Exekutive verleiht.

² Und nicht 26, denn im Kanton Appenzell Innerrhoden ist eine Landsgemeinde das oberste politische Organ, während der Kantonsrat eine eher marginale und vor allem parteiunabhängige Rolle spielt.

vorzunehmen, etwa bei Preisen, Mieten, Krankenversicherungskosten oder Kinderbetreuungskosten. Obwohl sich einige dieser Parteien als “Mitte” bezeichnen, insbesondere die SVP (auf Französisch *Union démocratique du centre*) oder die CVP/Mitte, ist es wichtig, ihre Ausrichtung anhand ihres politischen Programms zu definieren, das eindeutig rechts angesiedelt ist.

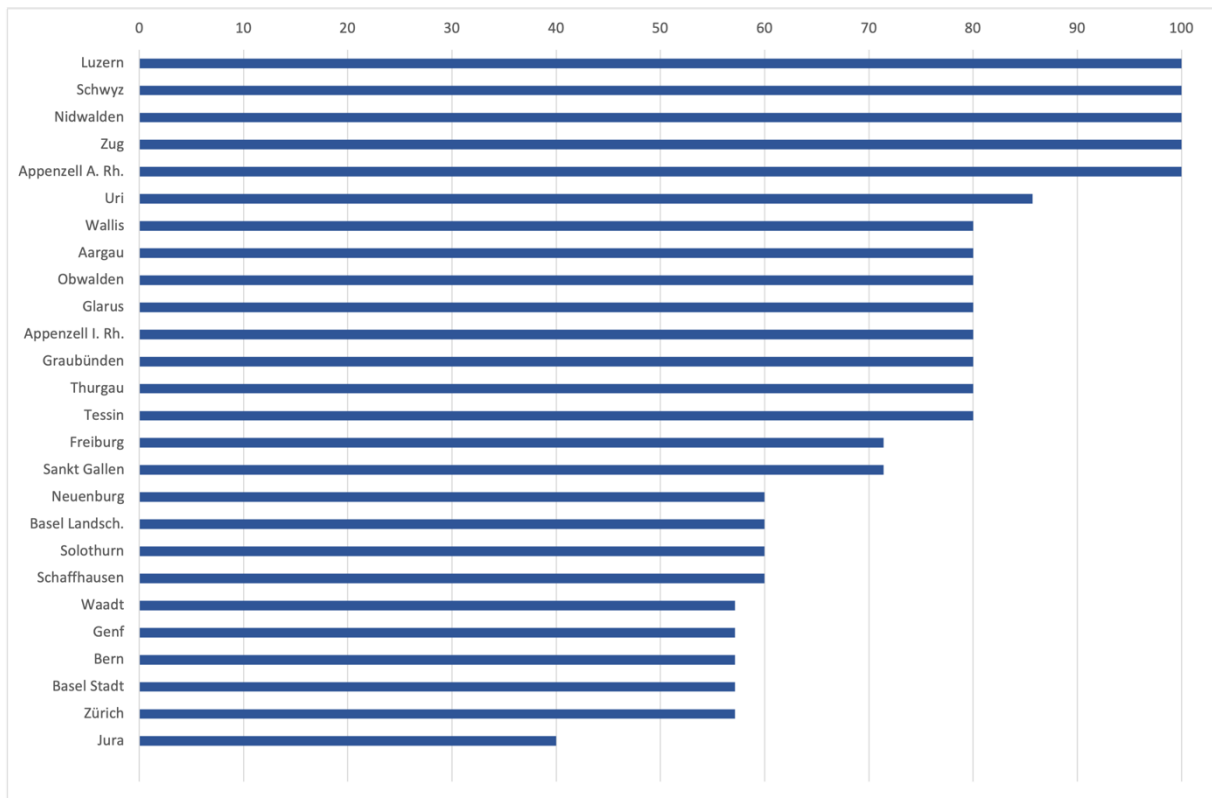
Warum liegt der Fokus unserer Studie insbesondere auf der kantonalen Politik? Weil in einem föderalen System die oberste Ebene der politischen Entscheidungen zwar beim Bundesrat liegt, die einzelnen Kantone aber mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet sind, die das tägliche Leben ihrer Bevölkerung entscheidend beeinflussen. Selbst bei großen Krisen, wie wir sie in letzter Zeit mit dem Covid und den verschiedenen Einschließungen erlebt haben, sind es oft die Kantone, die an vorderster Front stehen, um die öffentliche Politik des Bundes umzusetzen und Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Es sind auch die Kantone, die dafür verantwortlich sind, auf ihrem Gebiet beispielsweise die Polizei, das öffentliche Bildungswesen, Krankenhäuser, Universitäten (außer ETH), den Bau und Unterhalt von Straßen sowie die Besteuerung zu organisieren. Die Gemeindeautonomie wird in der jeweiligen Kantonsverfassung festgelegt, wobei sie stark eingeschränkt und den politischen Organen des Kantons untergeordnet ist³.

Wichtigste Ergebnisse für die kantonalen Exekutiven

Im Jahr 2023 ist der Regierungsrat des Kantons Jura mit einer Mehrheit, die von der Sozialdemokratischen Partei (zwei Sitze) und der Christlichsozialen Partei (ein Sitz) dominiert wird, eine echte Ausnahmeerscheinung in der Schweiz. Überall sonst dominiert die Rechte unangefochten und sichert sich die totale Kontrolle über die wichtigsten kantonalen politischen Entscheidungen. Betrachtet man alle Exekutiven, so stellt man fest, dass in fünf Exekutiven (Luzern, Schwyz, Nidwalden, Zug und Appenzell-Innerrhoden) kein einziger Vertreter der Linken Mitglied ist. In Schwyz, Nidwalden und Zug ist die Hegemonie der Rechten besonders erdrückend, da alle sieben Exekutivmitglieder diese Tendenz repräsentieren (die beiden anderen erwähnten Kantone haben fünf Exekutivmitglieder). In acht weiteren Kantonen (Wallis, Aargau, Obwalden, Glarus, Appenzell Ausserrhoden, Graubünden, Thurgau und Uri) stellt die Linke nur einen Vertreter in der Exekutive.

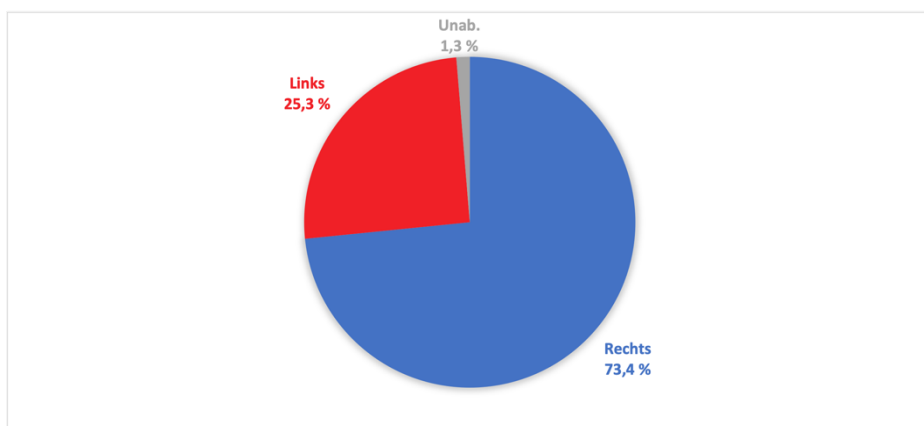
³ Ein besonders überzeugendes Beispiel für die eingeschränkte Gemeindeautonomie und die strategische Bedeutung einer rechten Mehrheit auf kantonaler Ebene ereignete sich kürzlich in Prilly (Waadt). Während eine linke Mehrheit des Gemeinderats im September 2022 beschloss, ihr Vorkaufsrecht für ein kommunales Grundstück im Wert von 62 Millionen Franken auszuüben, gelang es der rechten Mehrheit des Waadtländer Regierungsrats im April 2023, diese Abstimmung für ungültig zu erklären. Auch wenn es sich hierbei um formale Aspekte handelt, zeigt dies, wie weit die Macht des Kantons über die Gemeindepolitik reicht.

Grafik 1 – Anteil der Rechtsvertreter in den kantonalen Exekutiven (%)



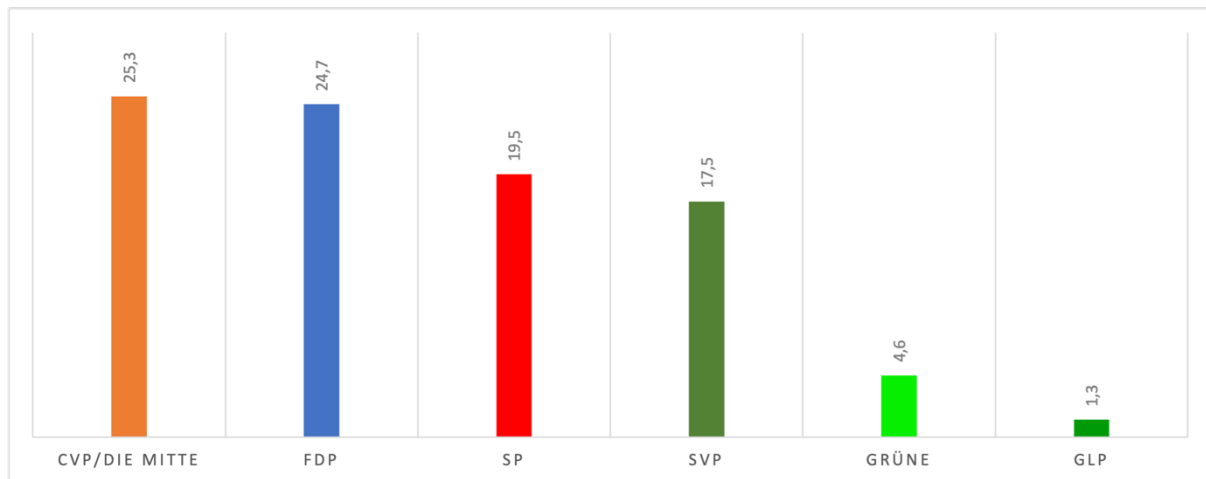
Wenn man alle Mitglieder der kantonalen Exekutiven im Land zusammenzählt, stellt man fest, dass fast drei Viertel (73,4 %) aus den Reihen der Rechten kommen, während nur ein Viertel auf die Linke entfällt (25,3 %), wobei 1,3 % unabhängig sind.

Abbildung 1 – Links/Rechts-Verteilung in allen kantonalen Exekutiven (%)



Auf Parteiebene stellen die drei wichtigsten rechten Gruppierungen (CVP, FDP und SVP) zusammengenommen 67,5 % der Mitglieder der kantonalen Exekutiven im gesamten Staatsgebiet. Die Dominanz wird von der CVP/Mitte ausgeübt, die insgesamt 39 Exekutivmitglieder in der Schweiz stellt, darunter eine Vertreterin im Kanton Waadt, obwohl diese Partei nicht im Grossen Rat vertreten ist. Es folgen die FDP, die SP und die SVP mit 38, 30 bzw. 27 gewählten Vertretern.

Grafik 2 – Gewicht der sechs grössten Parteien in allen kantonalen Exekutiven (%)

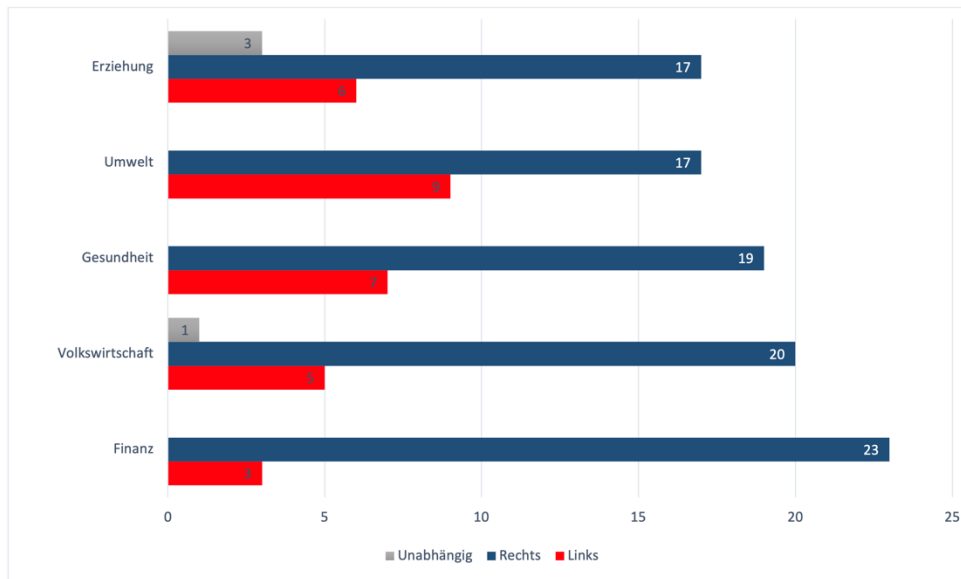


Betrachtet man dieses Mal die wichtigsten Bereiche, die von den Exekutiven abgedeckt werden, so stellt man fest, dass die Rechte mit einer überwältigenden Mehrheit die Departemente Finanzen (von strategischer Bedeutung für die Entscheidung über den Umfang der öffentlichen Politik) und Volkswirtschaft kontrolliert⁴. Im Gegensatz dazu ist die Linke in den Umweltdepartementen im Vergleich zu den anderen Bereichen mit 9 Mitgliedern überrepräsentiert, obwohl die Umwelt in den Sorgen der Schweizer Bevölkerung im Jahr 2023 nur den sechsten Platz einnimmt⁵.

⁴ Für die Kantone, in denen 2023 Wahlen stattfanden, wurden die vorherigen Legislaturperioden berücksichtigt, da die Neuverteilung zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht erfolgt war.

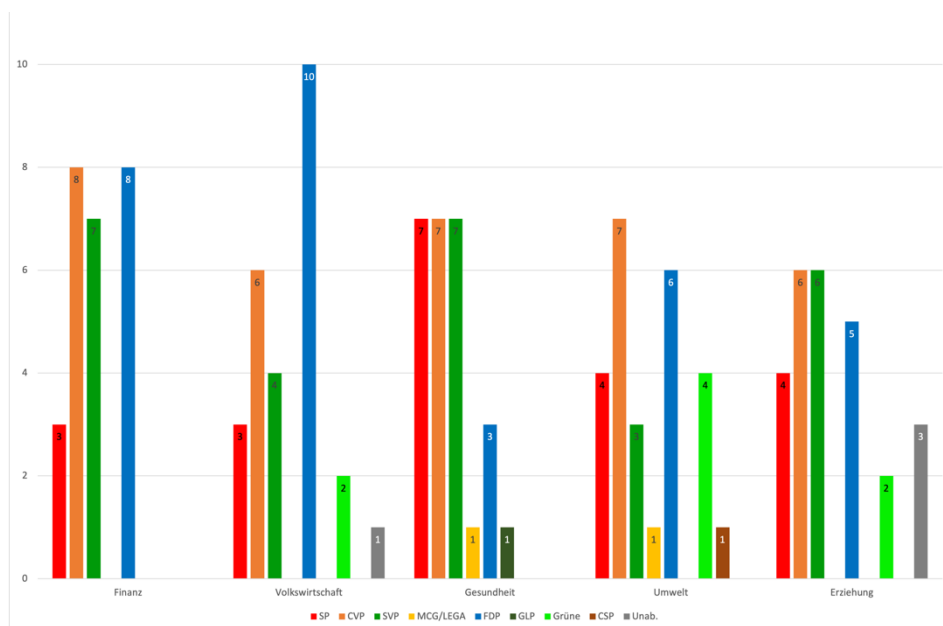
⁵ Joanna Oulevay, « Voici ce qui inquiète vraiment les Suisses en 2023 », *Watson*, 3. Februar 2023.

Grafik 3 – Links/Rechts-Verteilung in den wichtigsten Departementen der kantonalen Exekutiven (%)



Die nachstehende Grafik zeigt die Parteienvertretung in den einzelnen Departementen und fasst sie nach Bereichen zusammen. Es zeigt sich, dass die FDP im Volkswirtschafts- und Finanzressort übervertreten ist (zusammen mit der CVP und der SVP) und im Gesundheits- und Erziehungsdepartementen untervertreten ist. Die Grünen haben keinen Vertreter im Finanz. Die CVP ist die grösste Exekutivpartei der Schweiz und hat in allen wichtigen Departementen fast gleich viele Vertreter.

Grafik 4 – Parteivertretung in den wichtigsten Departementen der kantonalen Exekutiven (%)

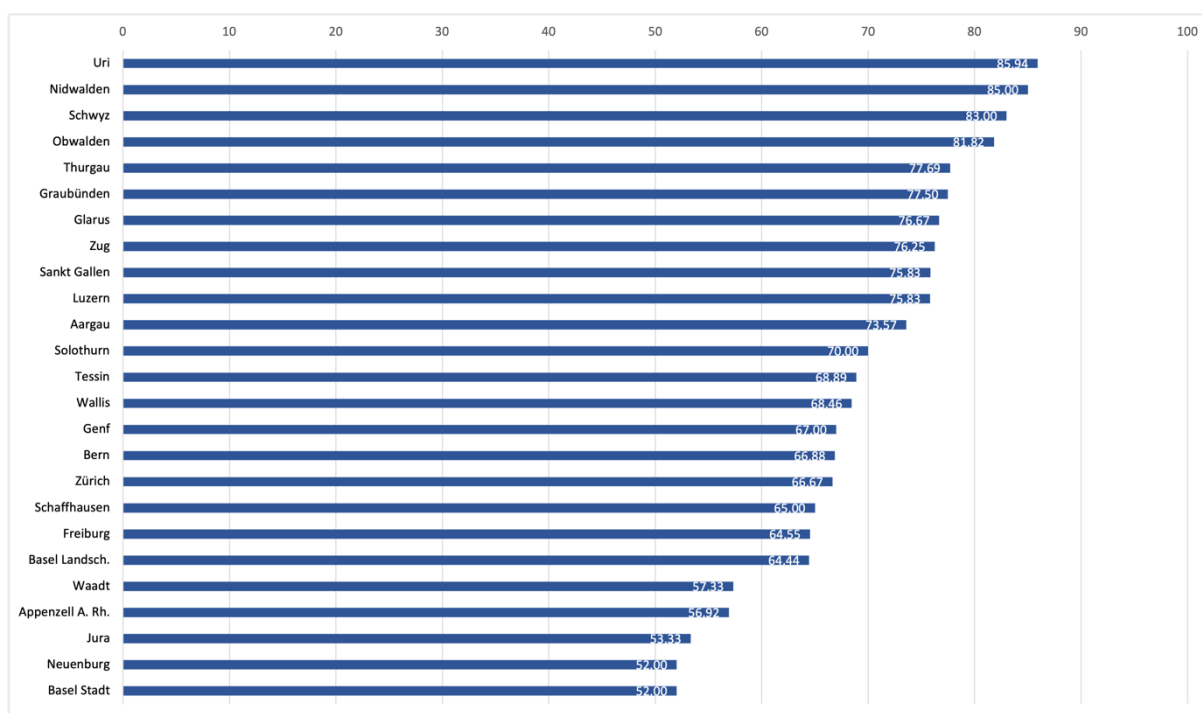


Wichtigste Ergebnisse für die kantonalen Legislativen

Neben diesem beeindruckenden Einfluss auf die Kantonsregierungen verschafft sich die Rechte auch überall dort eine Mehrheit in der Legislative, wo sie die Exekutive kontrolliert. Kurz gesagt: Die Rechte dominiert ausnahmslos alle kantonalen Legislativen. Das bedeutet, dass die rechten Gruppierungen, wenn sie sich untereinander einigen, in der Lage sind, alle politischen Entscheidungen zu treffen, die in den Zuständigkeitsbereich der Kantone fallen, und zwar in 25 der 26 Schweizer Kantone (alle außer Jura). Es ist anzumerken, dass im Fall des Jura die Exekutive zwar nach links tendiert, die Legislative jedoch eine rechte Mehrheit aufweist.

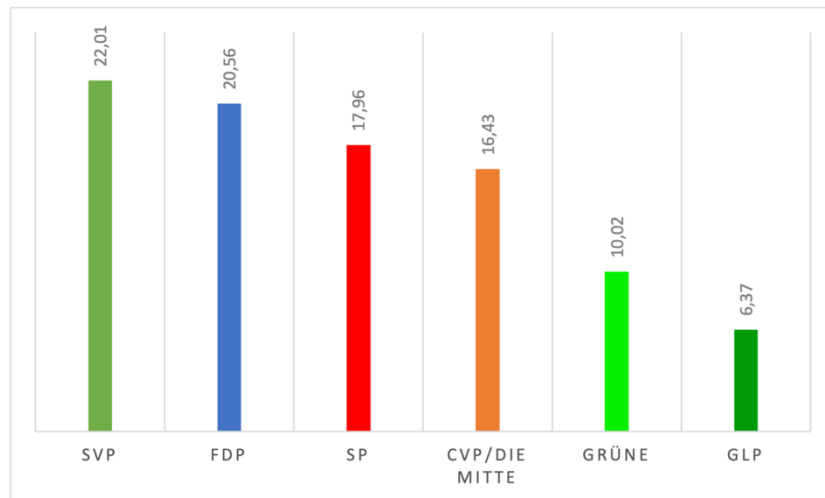
Die deutlichsten Wahlergebnisse der Rechten – sollte man sagen, die sowjetischsten? – finden sich vor allem in kleinen Kantonen der Zentralschweiz: Uri (85,9 %), Nidwalden (85 %), Schwyz (83 %), Obwalden (81,2 %), aber auch in Kantonen mit weitaus bedeutenderer wirtschaftlicher Bedeutung: St. Gallen (75,8 %), Luzern (75,8 %), Aargau (73,6 %), Bern (66,9 %) und Zürich (66,7 %).

Grafik 5 – Anteil der Rechtsvertreter in den kantonalen Legislativen (%)



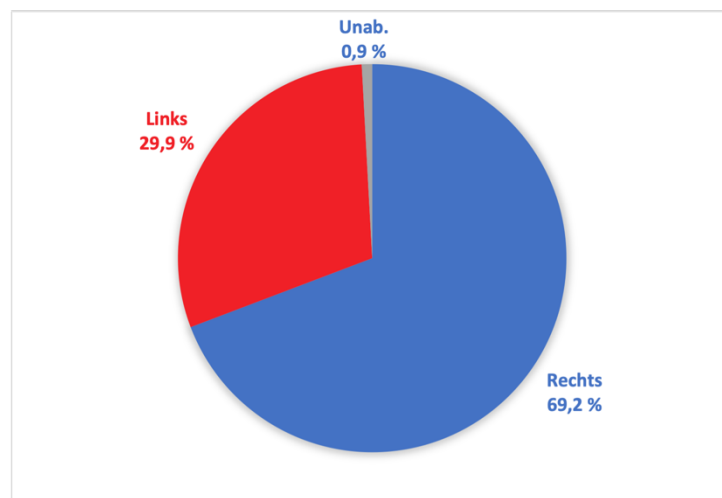
Was die wichtigsten in den Legislativen vertretenen Parteien betrifft, so stellt die SVP mit insgesamt 560 Personen (22,01 %) die größte Deputation, gefolgt von der FDP (523 Mitglieder, 20,56 %), der SP (457, 17,96 %), der CVP/Mitte (418, 16,43 %), den Grünen (255, 10,02 %) und den Grünliberalen (162, 6,37 %).

Grafik 6 – Gewicht der sechs wichtigsten Parteien in allen kantonalen Legislativen (%)



Von allen Mitgliedern der Legislative gehören 69,2 % rechten und 29,9 % linken Gruppierungen an, wobei 0,9 % der Mitglieder Unabhängige sind.

Abbildung 2 - Links/Rechts-Verteilung in allen kantonalen Legislativen (%)



Zum Abschluss dieser faktenbasierten Übersicht über die Kräfteverteilung in der kantonalen Politik fassen die Seiten im Anhang die gesamte Datenerhebung zusammen, die auf Ebene der Exekutiven (Seite 10) und der Legislativen (Seite 11) durchgeführt wurde.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Sachstand eindeutig ist. Der Bund und die Kantone der Schweiz sind sehr stark nach rechts orientiert. Dieses Ergebnis erscheint angesichts der genannten Fakten besonders banal, wird aber unseres Wissens in wissenschaftlichen Publikationen oder in der Presse nie deutlich hervorgehoben. Die Erkenntnisse, die wir in unserer Studie hervorheben, ermöglichen es, die Verantwortung der Parteien für die öffentliche Politik, die betrieben wird, und die, die nicht betrieben wird, zu klären. Sie ermöglichen es auch, besser zu verstehen, warum die Schweiz regelmäßig von rechten und rechtsextremen Parteien in Europa und den USA als Beispiel genannt wird, die das Land für seinen wirtschaftlichen Konservatismus loben. In der Tat repräsentieren der Bundesstaat sowie die verschiedenen Kantone ein kapitalistisches Wirtschaftsmodell mit einer sehr selektiven Rolle, die dem Staat zugewiesen wird. Ist es nicht Éric Zemmour, ehemaliger französischer Präsidentschaftskandidat der rechtsextremen Partei “Reconquête”, der unser Land als Modell bezeichnet und sich ganz offen von ihm inspirieren lassen möchte⁶? Jenseits des Atlantiks träumt die libertäre Partei, deren Programm hauptsächlich darin besteht, die staatliche Sozialversicherung abzuschaffen und die Staatsausgaben sowie die Steuern schmelzen zu lassen, davon, die USA in eine Riesenschweiz zu verwandeln⁷. Die in unserer Studie festgestellte Stärke der Rechten sollte auch dazu dienen, das tatsächliche Gewicht der Linken und ihren Einfluss zu relativieren, die in Wirklichkeit besonders schwach sind. Abgesehen davon, dass sie in der kantonalen Politik äußerst unbedeutend sind, besetzen die gewählten Vertreter der Linken Bereiche und Positionen, die für die täglichen Sorgen der Bevölkerung nicht an erster Stelle stehen. In Zeiten allgemeiner Inflation, internationaler Bankenkrise, Krieg und Rezession stellt die Linke zwar nur drei Regierungsräte für Finanzen (23 bei der Rechten), dafür aber dreimal so viele für Umwelt. Besteht die Funktion der Linken in der Schweiz in dieser ultraminoritären Position nicht ganz einfach darin, eine “soziale” Billigung für politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Programme anzubieten, die nach rechts gerichtet sind und somit auf eine Umverteilung des Reichtums von den unteren Ebenen zu den oberen Gesellschaftsschichten hinauslaufen? In der Praxis ist diese systematische Minderheitsbeteiligung an Regierungen ein Glücksfall für die rechten Parteien, die diese linke Minderheit für die meisten aktuellen politischen Probleme (Wohnungsbau, Bildung, Migration, Steuern, Energie, Haushalt usw.) verantwortlich machen können, obwohl sie auf Bundes- und Kantonebene keine Mehrheitspositionen innehat.

⁶ Richard Werly, « Le « modèle » suisse mérite bien mieux que des caricatures », *Le Temps*, 25. November 2021.

⁷ Yannick Weber, « Je veux faire des États-Unis une Suisse géante », *20 Minutes*, 30. Oktober 2020.

	FDP	SP	SVP	CVP	Grüne	CSP	GLP	LJS	MCG/ LEGA	Rechts- Unab.	Unab.	Rechts	Links
Waadt	3	2		1	1							4	3
Wallis	1	1	1	2								4	1
Freiburg	2	1	1	2	1							5	2
Neuenburg	3	2										3	2
Genf	2	2		1	1			1				4	3
Jura	1	2		1		1						2	3
Bern	1	2	2	1	1							4	3
Aargau	1	1	2	1								4	1
Basel-Stadt	2	3		1			1					4	3
Basel-Landsch.	1	1	1	1	1							3	2
Zürich	1	2	2	1	1							4	3
Luzern	1		1	2						1		5	0
Uri	2	1	1	3								6	1
Schwyz	2		3	2								7	0
Obwalden			1	2		1				1		4	1
Nidwalden	1		2	3			1					7	0
Glarus	2	1	1	1								4	1
Zug	2		2	3								7	0
Solothurn	2	1		1	1							3	2
Schaffhausen	1	2	2									3	2
Appenzell A. Rh.	2	1	1							1		4	1
Appenzell I. Rh.			1	3						1	2	5	0
Sankt Gallen	2	2	1	2								5	2
Graubünden	1	1		3								4	1
Thurgau	1	1	2	1								4	1
Tessin	1	1		1					2			4	1
Total	38	30	27	39	7	2	2	1	2	4	2	113	39
Total (%)	24,48	19,48	17,53	25,32	4,55	1,3	1,3	0,65	1,3	2,6	1,3	73,38	25,32

	FDP	SP	SVP	CVP/ Mitte	Grüne	CSP	GLP	EVP/ EDU	MCG/VA/ LEGA	LJS	EaG/POP/ Alt./KP/MJS	Unab.	Rechts	Links	Rechts (%)	Links (%)
Waadt	50	32	23		25		13				7		86	64	57,33	42,67
Wallis	27	20	22	40	13	8							89	41	68,46	31,54
Freiburg	23	21	18	26	13	4	3	1				1	71	38	64,55	34,55
Neuenburg	32	21	8	4	19		8				8		52	48	52	48
Genf	22	18	12	9	15				14	10			67	33	67	33
Jura	8	13	7	15	7	6	2				2		32	28	53,33	46,67
Bern	18	34	45	12	19		16	16					107	53	66,88	33,13
Aargau	21	23	43	18	14		13	8					103	37	73,57	26,43
Basel-Stadt	22	30	11	7	18		8	3	1				52	48	52	48
Basel-Land.	17	20	21	10	12		6	4					58	32	64,44	35,56
Zürich	29	36	46	11	19		24	10			5		120	60	66,67	33,33
Luzern	22	18	29	31	11		9						91	29	75,83	24,17
Uri	16	7	14	25	2								55	9	85,94	14,06
Schwyz	20	17	33	24			6						83	17	83	17
Obwalden	11	6	13	19		4	2						45	10	81,82	18,18
Nidwalden	16	2	15	15	7		5						51	9	85	15
Glarus	11	8	18	12	6		5						46	14	76,67	23,33
Zug	18	8	18	19	11		6						61	19	76,25	23,75
Solothurn	22	20	21	20	10		6	1					70	30	70	30
Schaffhausen	8	16	22	2	5		5	2					39	21	65	35
Appen. A.Rh.	22	12	7	4			2	2				16	37	12	56,92	18,46
Appen. I. Rh.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sankt Gallen	22	19	35	27	9		5	2				1	91	28	75,83	23,33
Graubünden	27	27	25	34			7						93	27	77,5	22,5
Thurgau	18	14	45	18	15		9	11					101	29	77,69	22,31
Tessin	21	15	9	16	5		2		14		4	4	62	24	68,89	26,67
Total	523	457	560	418	255	22	162	60	29	10	26	22	1762	760	69,26	29,87
Total (%)	20,57	17,96	22,02	16,43	10,02	0,87	6,37	2,36	1,14	0,39	1,02	0,87	69,26	29,87		